

Beschluss Zukunft ländlicher Raum 4.0

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.08.2021
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsfähig!
- 2 Ein ländlicher Raum, in dem die Menschen gut und gerne leben – dafür arbeiten
3 wir Grüne. Uns geht es darum, das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse
4 überall in unserem Land Realität werden zu lassen. Aber dafür braucht es aktive
5 Politik anstelle eines Wegduckens vor den Herausforderungen auf dem Land.
6 Während größere Städte in NRW wie Köln oder Münster weiter wachsen werden, sind
7 die Aussichten im ländlichen Raum gemischt. Während einzelne Teilregionen –
8 gerade auch im Umfeld von Großstädten boomen, sich Wirtschaft und Bevölkerung
9 dynamisch entwickeln, werden andere Teilregionen Bevölkerung verlieren – laut
10 Bevölkerungsprognosen vor allem in Südwestfalen und in Teilen von Ostwestfalen-
11 Lippe. Denn zum demografischen Wandel noch die Landflucht dazu. Viele junge
12 Menschen zieht es in die Metropolen, um dort die Vielfalt der Bildungs-, Berufs-
13 , Freizeit- und Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen. Dies führt zwangsläufig zu
14 einer allmählichen Überalterung der betroffenen ländlichen Gebiete. Schon bald
15 könnte in einigen Regionen jede/r dritte Einwohner*in älter als 65 Jahre sein.
16 Den Unternehmen stehen dann nicht mehr genug Fachkräfte zur Verfügung.
17 Steuereinnahmen würden sinken und damit wiederum die Investitionsmöglichkeit der
18 Kommunen in die Infrastruktur. Dabei beklagen heute schon viele ländliche
19 Regionen Mängel in der Infrastruktur: Unzureichende Angebote in der
20 Nahversorgung und im ÖPNV, Funklöcher, niedrige Bandbreiten und auch die
21 gesundheitliche Versorgung gerät immer mehr unter Druck - ein Mangel an
22 Hausärzt*innen und dezentralen Gesundheitsversorgungsstrukturen ist bereits
23 jetzt schon vorhanden. Neben der demographischen Entwicklung stehen die
24 ländlichen Regionen aber auch durch Klimakrise und Artensterben vor enormen
25 Herausforderungen. Dürren und Wetterextreme bedrohen Ernten und Natur.
- 26 Die sozial-ökologische und digitale Transformation der Gesellschaft bietet große
27 Entwicklungschancen für den ländlichen Raum. Gehen wir diesen Umbauprozess jetzt
28 ganzheitlich und mit Weitblick an, so werden die ländlichen Regionen davon enorm
29 profitieren.
- 30 Eine bürgerorientierte dezentrale Energiewende bietet große Chancen für mehr
31 Wertschöpfung und zusammen mit klimaneutralem Tourismus wird die Klimawende auf
32 dem Land eine Erfolgsgeschichte. Die Mobilitätswende ermöglicht eine gute
33 Anbindung an die Metropolen und mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die
34 sozial-ökologische Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft führt durch
35 die Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu mehr Wertschöpfung. Und
36 die Digitalisierung bewirkt, dass Büroarbeit, Bildung und Teilhabe von überall
37 möglich ist – aus dem Homeoffice, Coworking-Space im Dorfzentrum oder direkt in
38 der Natur. Mit digitalen Technologien können dann auch kleine Geschäfte im Dorf
39 große Einkaufserlebnisse schaffen. Das alles spart massiv Verkehr, CO2 und
40 Ressourcen und es wird auch die Landflucht stoppen und die Städte enorm
41 entlasten. Das ist unsere Grüne Vision für den ländlichen Raum. So können wir

42 gleichwertige Lebensverhältnisse und aus Stadt-Land-Regionen klimaneutrale
43 „Zukunftsräume“ schaffen.

44 Wir Grüne NRW wollen in einem großen Beteiligungsprozess gemeinsam mit den
45 Bürger*innen der Stadt-Land-Regionen in NRW einen Masterplan für den ländlichen
46 Raum 4.0 ähnlich wie Österreich erarbeiten:

47 Unseren LOCAL GREEN DEAL.

48 Der ländliche Raum 4.0 braucht faire Grundbedingungen:

49 Digitalisierung ermöglichen:

50 Ohne gleichberechtigte Breitband- und Mobilfunk-Versorgung werden ländliche
51 Regionen den Anschluss an die moderne Wirtschafts- und Arbeitswelt verlieren.
52 Dabei könnten gerade hier die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, da die
53 Ortsgebundenheit an Bedeutung verliert. Stationäre Arbeitsplätze können vielfach
54 durch Teleheimarbeit (Home-Office), virtuelle Teams, temporäre und flexible
55 Arbeitsorte ersetzt werden. Das physische Vorortsein wird durch eine digitale
56 Präsenz abgelöst, aber nur dort, wo auch eine stabile Breitband- und Funk-
57 Versorgung gesichert sind. Mit digitalen Technologien könnten auch stationäre
58 Geschäfte im Dorf wieder aufgewertet werden und gegen die Konkurrenz durch E-
59 Commerce (elektronisch) und M-Commerce (mobil) bestehen. Produkte könnten im
60 Laden nicht nur „live“ sondern auch digital angeboten werden. So könnten auch in
61 Dörfern Einkaufserlebnisse wie in der Großstadt angeboten werden.

62 Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge (GRD) einführen:

63 Wie gut die Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe vor Ort sind, hängt stark von
64 der Finanzausstattung und Infrastruktur der Kommunen ab. Besonders in
65 strukturschwachen Regionen muss hier nachgebessert werden. Wir setzen uns für
66 die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe ein, die von Bund und Ländern
67 gemeinsam getragen und geplant wird: Die Gemeinschaftsaufgabe Regionale
68 Daseinsvorsorge (GRD). Mittels eines Bund-Länder-Programms „Gleichwertige
69 Lebensverhältnisse für alle“ wollen wir eine räumliche Grundsicherung einführen.
70 Diese Grundsicherung umfasst insbesondere die drei Säulen: Regionale
71 Mobilitätsgarantie, regionale Gesundheitsnetzwerke und einen Rechtsanspruch auf
72 eine schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung. Wir Grüne NRW setzen uns ein
73 für einen Stärkungspakt öffentliche Infrastruktur und eine gesicherte
74 Finanzierung der Daseinsvorsorge.

75 Nahversorgung sichern:

76 In Frankreich hat jede/r Bürger*in ein Recht darauf, dass es in der
77 unmittelbaren Nachbarschaft eine Bäckerei gibt. Wir wollen einen
78 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von Lebensmitteleinzel-
79 /Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird. Zudem setzen wir uns für
80 die Erarbeitung von regionalen Nahversorgungsstrategien ein. Wir wollen
81 Dorfkerne revitalisieren und kleine Geschäfte sowie das örtliche Handwerk
82 fördern und so eine dezentrale Nahversorgung erhalten.

83 Wir setzen uns für eine kontinuierliche Überprüfung des kommunalen
84 Finanzausgleichs hinsichtlich einer ausgewogenen Verteilung zwischen
85 Ballungsräumen und ländlichen Räumen ein, die die jeweilige Wirtschaftskraft auf
86 der einen Seite und die Bedarfe auf der Seite berücksichtigt.

87 Neben der Ausgleichsfunktion des Gemeindefinanzierungsgesetzes müssen die
88 Kommunen stärker bei der Bewältigung der Klimafolgen und bei
89 Klimaschutzmaßnahmen unterstützt werden.

90 Umweltaufgaben der Zukunft gemeinschaftlich tragen: Die ländlichen Räume
91 übernehmen die Bereitstellung einer großen Vielfalt an Ökosystemleistungen,
92 Regulationsleistungen und kulturellen Leistungen (Kulturlandschaftserhalt).
93 Allerdings führen steigende Nutzungsansprüche (Zubau Straßen/Trassen, Wohn-
94 /Gewerbegebiete, Erneuerbare Energien, etc.) und Konkurrenz um Arbeitsplätze und
95 Einwohner*innen unter den Kommunen zu einer zunehmenden Intensivierung der
96 Flächennutzung. Unsere Lebensgrundlagen – Artenvielfalt und gesunde Ökosysteme –
97 sind deshalb an vielen Stellen erheblich gefährdet. Um die langfristige
98 Bereitstellung der vielfältigen Ökosystemleistungen zu sichern, benötigen wir
99 endlich eine ökologische Politik. Die Bewahrung von Artenvielfalt, Boden,
100 Flächen, Wasser ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Leitbild „Green
101 Regions“ – aus Australien und den USA stammend - erkennt an, dass die ländlichen
102 Räume zahlreiche Ausgleichs- und Schutzfunktionen für eine dominant städtische
103 Gesellschaft übernehmen und eine Vielzahl naturnaher Ökosysteme beherbergen und
104 dass dies entsprechend honoriert werden muss. Für ein derartiges Leitbild wollen
105 wir Grüne uns einsetzen. Der Erhalt von Kulturlandschaften ist als
106 Kulturleistung zu bewerten und muss ähnlich wie Museen und Konzerthäuser
107 gesamtgesellschaftlich getragen werden. Für die kommunalen Aufgabenbereiche, die
108 mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen (sustainable development goals) und
109 Klimaschutzzielen einhergehen, braucht es auf kommunaler Ebene eine
110 systematische Bereitstellung von Personalstellen.

111 Bodenschutzstrategie, Flächenmanagement und Bauland-Monitoring: Der Flächenfraß
112 geht in NRW seit der Aufhebung des 5-ha-Grundsatzes im Landesentwicklungsplan
113 (LEP) durch die CDU-FDP-Koalition ungesteuert weiter. Treiber des
114 Flächenverbrauchs ist hier seit Jahren auch der ländliche Raum, bzw. die
115 politischen Entscheidungsträger*innen vor Ort. Die in Flächenkonkurrenz
116 stehenden Kommunen beschleunigen den Verbrauch durch Überbietungswettbewerbe für
117 neue Gewerbe- und Wohngebiete enorm. Wenn wir so weiter machen, würden wir in NRW
118 in rund 200 Jahren über keinen Grund und Boden mehr als Ernährungsgrundlage
119 verfügen. Wir Grüne wollen Instrumente für einensparsameren Flächenverbrauch
120 (kurzfristig 5-ha-Ziel und mittelfristig – noch vor 2050 - 0 ha) und eine
121 Flächenkreislaufwirtschaft entwickeln.

122 Wir wollen den Aufschwung aktiv voranbringen

123 1. Dorfbüroprogramm 4.0:
124 Immer mehr Menschen im ländlichen Raum arbeiten mittlerweile zumindest
125 zeitweise im Home-Office. Doch oft sind die Möglichkeiten nicht optimal,
126 im Home-Office berufliche Arbeit von Privatem klar abzugrenzen oder es
127 gibt keine gute digitale Büro-Infrastruktur. Hier können Coworking Spaces
128 bzw. anmietbare Einzelarbeitsplätze in den Dörfern eine gute Lösung sein.
129 Wir Grüne wollen für den Aufbau solcher Büros in den Dorfzentren unter
130 Nutzung von Leerständen ein spezielles Dorfbüroförderprogramm (ähnlich
131 Rheinland-Pfalz) aufsetzen. So können wir die Dorfzentren aktiv beleben
132 und Kaufkraft in die Dörfer bringen. Gaststätten und die kleinen Läden
133 könnten davon sehr profitieren. Jeder ersparte Weg entlastet die
134 Ballungsräume, reduziert die Mobilitätsanforderungen und spart CO2-

- 135 Emissionen. Gleichzeitig schaffen wir Anreize, im ländlichen Raum zu
136 leben.
- 137 2. Runder Tisch „Zukunft der Arbeit Land-Stadt“:
138 Eine aktuelle Studie zeigt, im Mittel rechnen die Arbeitgeber*innen mit
139 einem langfristigen Anstieg der Homeoffice-Tage um 65 % zu vor der Corona-
140 Krise und einem Abbau von Büroflächen von rd. 20%. Und auch viele
141 Konferenzen werden nach Corona weiter digital oder zumindest hybrid
142 stattfinden. Für den ländlichen Raum ist das eine zu begrüßende
143 Entwicklung, denn so ist Arbeit und Teilhabe ohne lange Anfahrtswege bspw.
144 mitten in der schönsten Natur möglich. Zusammen mit der Politik und den
145 großen Arbeitgeber*innen in den Städten und umliegenden Landkreisen wollen
146 wir die Infrastrukturanforderungen für die Arbeits- und Teilhabemodelle
147 4.0 definieren und passgenau aufsetzen. Denn egal ob Homeoffice,
148 Coworking-Spaces oder Dorfbüros, das Thema des dezentralen Arbeitens muss
149 zusammen mit dem Thema Mobilität und dem Ausbau der ÖPNV Infrastruktur
150 gedacht werden. Damit eine klimafreundliche Transformation der Arbeit
151 gelingt, brauchen wir Anreizsysteme für die Betriebe, auf gute dezentrale
152 Arbeitsmodelle zu setzen (z.B. Neukonzeption der Pendler*innenpauschale
153 ggf. mit Unternehmensbeteiligung, ein Rechtsanspruch auf Homeoffice,
154 etc.), in Dorfbüros zu investieren oder dort Arbeitsplätze anzumieten. Der
155 nicht mehr benötigte Büroraum könnte dann zeitnah in Wohnraum umgebaut
156 werden.
- 157 3. Mobilität 4.0: Die Wege im ländlichen Raum sind weit. Auch wenn wir durch
158 digitale Arbeits-/Teilhabeformen und mobile Infrastrukturen Arbeit,
159 Familie, Freizeit und Versorgung wieder näher zusammenbringen und dadurch
160 den Zwang zu Mobilität reduzieren können, brauchen wir im ländlichen Raum
161 eine neue Mobilitätspolitik, die bezahlbare, zuverlässige und
162 klimafreundliche Mobilität für alle Menschen sicherstellt. Dafür braucht
163 es mehr Alternativen zum individuellen Auto – wissend, dass es auch
164 weiterhin von Bedeutung sein wird. Vergleichsweise schnell zu
165 reaktivierende Bahntrassen, höhere Taktungen und Haltepunkte sind zeitnah
166 umsetzbar. Buslinien müssen regional und nicht auf Stadtgrenzen begrenzt
167 gedacht werden. Wir brauchen Schnellbuslinien von und zu wichtigen
168 Knotenpunkten (z.B. von Park/Bike & Ride Plätzen zur Innenstadt) und
169 hierfür ein einheitliches Verbundsystem. Dies erfordert auch den Ausbau
170 von trockenen Wartebereichen. Der ÖPNV / SPNV muss in Kombinationen mit
171 dem Radverkehrsnetz und weiteren alternativen Angeboten (z.B. Rufsysteme,
172 Mitfahrerbänke) so aufgewertet werden, dass Menschen gerne das Auto stehen
173 lassen. Hierzu fordern wir eine erleichterte Mitnahmemöglichkeit von
174 Fahrrädern in Bussen. Barrierefreiheit muss dabei mitgedacht werden. Für
175 den ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge setzen wir uns dafür ein, dass auch
176 der Bund mehr Verantwortung für die Finanzierung und Ausgleich von
177 Defiziten übernimmt.
- 178 4. Regionale Gesundheitsnetzwerke:
179 Besonders der Zugang zu Ärzt*innen und pflegerischen Einrichtungen muss
180 gesichert sein. Allgemeine Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen von bei
181 der Kommune angestellten Ärzt*innen, telemedizinischer Notdienst oder auch
182 Arztbusse/ mobile Fahrdienste können Schritte zur Lösung des Problems
183 sein, Ziel sollte der Erhalt einer dezentralen Gesundheitsversorgung sein,

184 denn lange Wege zu zentren-orientierter Versorgung machen es insbesondere
185 für alte Menschen schwierig, diese aufzusuchen. Der Schlüssel für alle
186 dies sind regionale Gesundheitsnetzwerke (Gesundheitsregionen). Damit
187 können flexible Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen, die
188 Sektorengrenzen und deren Fehlanreize überwunden und eine auf die
189 jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte und vernetzte Versorgung ermöglicht
190 werden. Krankenkassen, ambulante Gesundheitseinrichtungen und
191 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hebammen, Apothekerinnen und Apotheker
192 sowie therapeutische Berufe arbeiten in Gesundheitsregionen Hand in Hand
193 zusammen. Mobilitätsangebote sind besser mit Angeboten von Gesundheits-
194 und Pflegeeinrichtungen zu verzahnen, damit Fahrpläne und Öffnungszeiten
195 aufeinander abgestimmt sind.

196 5. Regionalisierungsstrategie und Landesprogramm „regionale Wertschöpfung“:
197 Regionale Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller sind für eine
198 sichere Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise existenziell. Wir
199 wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und
200 so das Höfesterben stoppen und eine regionale möglichst nachhaltige und
201 gesunde Versorgung sichern. Dafür wollen wir ein Landesprogramm „regionale
202 Wertschöpfung“ aufsetzen. Wo regionale Strukturen (z.B. Metzgereien,
203 Bäckereien) fehlen, wollen wir den Aufbau unterstützen. In öffentlichen
204 Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte
205 verwenden. So schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Eine landesweite
206 EinkaufsApp und Regionalsiegel unterstützen wir. Ziel ist es, die Städte
207 in NRW möglichst viel mit nachhaltig erzeugten Lebensmitteln aus den
208 ländlichen Regionen im Umland direkt versorgen zu können. Dafür brauchen
209 wir Förderprogramme für die Erstellung und Umsetzung von
210 Regionalisierungskonzepten in den Kommunen/Kreisen (analog
211 Klimaschutzkonzepte) und für den Aufbau von Wertschöpfungszentren sowie
212 regionalen Ernährungssystemen. Wir wollen Modellregionen „Regional Plus“
213 (regional und besonders artgerecht/umweltfreundlich^[6]) und
214 Ökomodellregionen fördern und so den regionalen und ökologischen Landbau
215 ausbauen.

216 6. Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien unter
217 Bürgerbeteiligung:
218 Wir wollen, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien auch unter den
219 Bürger*innen eine hohe Akzeptanz findet und aktiv vorangetrieben wird.
220 Dazu wollen wir eine angemessene Bürger*innenbeteiligung an der
221 Wertschöpfung und an den Planverfahren sicherstellen. Es soll mehr
222 Wertschöpfung in den Kommunen bleiben und Landwirtschaft, Kommunen und
223 Bürger*innen müssen davon unmittelbar profitieren können. Anwohner*innen
224 sollten direkt vergünstigten Strom von regionalen Wind-, Biomasse- und
225 Solaranlagen beziehen können. Auch ein Bürger*innen-Energiefonds kann
226 genossenschaftliche Projekte fördern. Damit Behörden vor Ort Genehmigungen
227 zügig erteilen können, müssen endlich bundesweite Standards für die
228 Koexistenz von Windenergie, Freiflächen-PV und Naturschutz aufgestellt
229 werden.

230 7. Familienbetriebe stärken:
231 Eine aktuelle Studie zeigt, dass in ländlichen Regionen, in denen es viele
232 Familienunternehmen gibt, die jungen Menschen weniger abwandern, der

233 Wohlstand und die Ausbildungsquote höher und die Arbeitslosigkeit
234 niedriger ist. Denn gegenüber Großkonzernen sind Familienunternehmen in
235 ihren Heimatregionen fest verwurzelt und übernehmen gesellschaftliche
236 Verantwortung vor Ort. Wir Grüne wollen Familienbetriebe und diese Kultur
237 der Selbständigkeit erhalten und stärken. Aber Familienbetriebe haben es
238 zunehmend schwer, ihren Grundsätzen trotz Wachstumszwängen in
239 globalisierten Märkten treu zu bleiben. Insbesondere in der Landwirtschaft
240 aber auch im Lebensmittelhandwerk bedingen Betriebsentwicklungen oft
241 Betriebsaufgaben in der Nachbarschaft und tragen so zu sozialen Konflikten
242 in den Familien und Dörfern bei. Die vielen Suizide und Burn-Out-Diagnosen
243 in der Landwirtschaft wollen wir ernst nehmen und hierzu vermehrt
244 Forschung ermöglichen. Unternehmenskrisen bspw. auf Grund von
245 Generationskonflikten wollen wir durch kostenlose sozioökonomische
246 Beratungen unterstützen. Dazu setzen wir uns für einen Lehrstuhl
247 Wirtschaftssoziologie / Agrarsoziologie ein. In der Ausbildung müssen auch
248 Themen der Sozioökonomie und Kommunikation Pflichtfach sein.

249 8. Anreize für die Wirtschaft und Menschen schaffen:
250 Wir wollen Unternehmensgründungen und -nachfolge im ländlichen Raum
251 insbesondere durch Frauen speziell fördern und bessere Anreize für
252 Fachkräfte schaffen. Ziel ist, eine aktive Ansiedlung und Förderung von
253 grünen Start Up`s, die Errichtung von Gründungszentren und die Einrichtung
254 von Innovationshubs in den ländlichen Räumen, in denen Unternehmen, Start-
255 ups und Wissenschaftseinrichtungen räumlich nah beieinander angesiedelt
256 sind, wodurch der Wissensaustausch gefördert wird. Wir wollen Coworking
257 Spaces und Wirtschaftscluster unter Nutzung der regionalen Ressourcen
258 (z.B. Holzcluster, Bioökonomie) im ländlichen Raum fördern. So wollen wir
259 Kompetenzzentren im ländlichen Raum mit guter ÖPNV-Anbindung schaffen, die
260 wiederum die Möglichkeit bieten, dass dort auch überregionale
261 Großveranstaltungen stattfinden können. Zusätzliche Arbeitsplätze in den
262 neu etablierten Einrichtungen schaffen attraktive Perspektiven für
263 HochschulabsolventInnen in der Region. Auch wollen wir fördern, dass
264 bäuerliche Familienbetriebe, Sozialträger und Institutionen mit Green
265 Care-Angeboten (z.B. tiergestützte Therapie, soziale Projekte auf dem
266 Bauernhof) zusammen neue innovative Wege gehen.

267 9. Ansiedelung von Behörden in strukturschwachen Regionen:
268 Die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen sowie ausgelagerten
269 Organisationen in Regionen ist ein wirksames Instrument der
270 Strukturpolitik. Durch Dezentralisierung von Behörden Bildungs- und
271 Kulturstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe, zentrale Klima- und
272 Umweltforschungseinrichtungen o.ä. wollen wir Impulse geben. Eine
273 Möglichkeit ist z.B. der Aufbau einer Fakultät zur ökologischen
274 Waldforschung und Weiterbildung von Waldarbeiter*innen an der
275 Fachhochschule Südwestfalen – bei 1 Mio. Hektar Wald und über 200.000
276 Waldbesitzer*innen verfügt NRW über kein Institut zur
277 waldbaulichen/forstlichen Forschung und Lehre. Dafür braucht es auch von
278 Bundes- und Landesseite eine klare und transparente Strategie für die

279 Verteilung neuer oder der Erweiterung bestehender Bundeseinrichtungen und
280 Institutionen.

281 10. Ökosoziale Transformation gerecht gestalten:

282 Der Wandel zu einer klimagerechten Gesellschaft wird uns nur gelingen,
283 wenn alle Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden, denn ein relevanter
284 Teil der Landbevölkerung lebt mit kleinen Einkommen in größerem
285 Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist fast vollständig auf das
286 eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere
287 Menschen. Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und
288 barrierefreie Sanierung von Wohnhäusern und die Umstellung von alten
289 Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen. Trotz hoher Förderungen
290 ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Deshalb muss Klimapolitik
291 und Umweltschutz sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen
292 Ballungsräumen und dem Land Rücksicht nehmen. Wir werden gezielte
293 Programme für die Sanierung des Eigenheimbestands und Umbau zu
294 Mehrgenerationenhäuser entwickeln, die neue Finanzierungsmodelle für
295 Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung
296 verbinden. Umweltgerechtigkeit ist das Maß unserer Politik: wir denken
297 sozial gerechte und ökologisch zukunftsorientierte Maßnahmen zusammen und
298 werden z.B. durch einen Masterplan Umwelt und Gesundheit diese
299 Schnittstellen bearbeiten.

300 11. Mehr Teilhabe für die ländliche Bevölkerung:

301 Für Menschen im ländlichen Raum ist mitunter es sehr aufwändig, politische
302 Teilhabe auf Landesebene auszuüben. Dazu haben kleinere Kommunen und
303 Menschen auf dem Land häufig keine ausreichenden Kapazitäten und
304 Vernetzungen, um ihre Interessen anzumelden oder Förderungen wahrzunehmen.
305 Wir wollen eine effektive gleichwertige Teilhabe der Landbevölkerung an
306 politischen, gesellschaftlichen Prozessen über die Nutzung der digitalen
307 Möglichkeiten ermöglichen. Das fördert die Interaktion zwischen Land und
308 Stadt. Außerdem wollen wir mehr Austausch zur Meinungsbildung und eine
309 neue Einladungskultur etablieren (Runde Tische, Partnerstädte Land/Stadt).
310 Der aktuelle Zuwachs der städtischen Bevölkerung führt zunehmend zu
311 veränderten Zuschnitten der Wahlkreise aufgrund veränderter
312 Einwohner*innenzahlen. Das lässt ländliche Räume noch mehr ins
313 Hintertreffen geraten und auch hier entsteht ein Teufelskreislauf. Im
314 ländlichen Raum sind Ehrenamt und Vereinswesen eine wesentliche Säule der
315 Gesellschaft (z.B. Sport- und Musikvereine, Bürgerbusse). Damit dies auch
316 in Zukunft trägt, setzen wir uns für eine deutliche Stärkung des
317 Ehrenamtes ein. Das Vereinswesens wollen wir stärken und die Integration
318 in Schule unterstützen. Auch die soziale Infrastruktur muss im ländlichen
319 Raum gestärkt werden.